

## **Pressemitteilung.....**

Geplanter Stellenabbau in der Justiz inakzeptabel - DJG entsetzt über den Umgang mit der Justiz

Zur geplanten massiven Personaleinsparung der Landesregierung im Bereich Gerichte und Staatsanwaltschaft der ordentlichen Justiz und im Vollzug nimmt der DJG-Landesverband Brandenburg empört Stellung.

Entgegen den Zusagen des Justizministeriums, den verhängnisvollen Stellenabbau der letzten Jahre - endlich - zu stoppen, wird die Justiz weiter geschwächt. Hinweise auf Eingangsrückgänge, die den weiteren Personalabbau rechtfertigen sollen, blenden aus, dass die Justiz mit Altbeständen zu kämpfen hat: Folge der jahrelangen Personalabbaupolitik in Brandenburg. Der im Haushaltsplan 2017/2018 vorgesehene weitere Stellenabbau wird die für Personal und Rechtsuchende unerträgliche Situation in der Rechtsprechung zementieren und den Auftrag der Strafverfolgungsbehörden immer mehr vereiteln.

Die Europäische Menschenrechtskonvention und das Grundgesetz verlangen die Gewährleistung zügigen Rechtsschutzes. Die Justizverwaltung Brandenburgs kommt dieser Verpflichtung immer weniger nach, und sie tut das auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen und auf dem Rücken des Personals, vor das sie sich eigentlich schützend stellen müsste. Nicht akzeptabel ist es, wenn - offenbar zur Rechtfertigung für die Personalabbaupläne im Bereich des Brandenburgischen OLG - die Verstärkung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit ins Feld geführt wird. Altbestände sind nicht nur in den öffentlich-rechtlichen Gerichtszweigen zu bewältigen, sondern belasten auch die Ziviljustiz. Die Justizverwaltung weiß das. Der DJG-Landesverband warnt eindringlich davor, dies zu ignorieren und eine ordnungsgemäße Rechtspflege durch Stellenabbau zu gefährden.

  
Petra Schmidt  
Landesvorsitzende